

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



22. März: Wie hier in Kiel gehen Zehntausende in sieben Landeshauptstädten für eine echte und zügige Energiewende auf die Straße

Foto: Andreas Conratt / PubliXviewing

Eine neue energiepolitische Bewegung

Zehntausende demonstrieren für die Energiewende – und am 10.5. geht es weiter

Liebe Freundinnen und Freunde,
im November gingen in Berlin 16.000 Menschen auf die Straße, um die Energiewende zu retten. Am 22. März waren es in sieben Landeshauptstädten schon 30.000. Da entsteht eine neue, kraftvolle Bewegung. Wie viele werden wir am 10. Mai in Berlin sein, wenn es an Land und auf dem Wasser heißt „Die Energiewende nicht kentern lassen“? Geplant ist eine Großdemonstration durchs Regierungsviertel und eine Schiffs- und Bootsdemo auf der Spree.

Peter Ramsauer und Gerhard Schröder kritisieren derzeit den Zeitplan für den Atomausstieg. Wir machen das auch, aber genau umgekehrt. Dass dies Erfolg haben kann, zeigt das Beispiel Grafenrheinfeld. Noch vor Kurzem dachte die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft und auch die CSU-Regierung in München noch laut über eine Laufzeitverlängerung nach.

Begründet wurde dies mit drohenden Versorgungsengpässen. „ausgestrahlt“ hat nachgewiesen, dass das AKW nicht mehr benötigt wird. Und siehe da: Eon kündigt an, den Reaktor statt Ende 2015 bereits sieben Monate früher abzuschalten, weil er sich nicht mehr rechnen. Wir machen weiter Druck, denn noch mehr als ein Jahr Gefahr aus dem überflüssigen Uralt-AKW muss nicht sein!

Dass das Beispiel Grafenrheinfeld nun automatisch Schule macht, ist leider nicht anzunehmen. Ab 2017 fällt die Brennelementsteuer weg und ermöglicht den AKW-Betreibern so nochmals kräftige Gewinne. Da werden die Rufe nach längeren Laufzeiten automatisch wieder lauter werden. Notwendig ist stattdessen eine Laufzeitverlängerung für diese Steuer.

Lange wird auch noch die Debatte über die Atomüll-Lagerung weitergehen.

Demnächst soll die im Endlagersuchgesetz vorgesehene Kommission ihre Arbeit aufnehmen. Ob die zwei für die Umweltverbände reservierten Stühle leer bleiben, entscheidet sich in diesen Tagen. Mehr dazu in diesem Rundbrief.

Das „ausgestrahlt“-Team

Politik einig – Konflikt ungelöst

Warum dieses Endlagersuchgesetz und diese Atomüllkommission den Atomüllkonflikt nicht lösen werden

Seiten 2-6

Schneller abschalten

Wie bei einer Laufzeitverlängerungsdebatte um das AKW Grafenrheinfeld eine Laufzeitverkürzung herauskommt

Seite 9

„Ich habe es Schritt für Schritt gemacht“

Von Dauer-Mahnwachen, Braunkohlestromtrassen und autodidaktischen WindkraftbetreiberInnen

Seiten 14-15

26.4.: Protest- und Kulturmeile gegen das AKW Brokdorf

Seite 7

29.5.-9.6.: „Kulturelle Landpartie“ im Wendland

Seite 7

Rundbrief kostenlos abonnieren: Seite 12

Chronik eines Fehlstarts

11.11.2011: Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und die MinisterpräsidentInnen proklamieren einen "Neustart" bei der Suche nach einem Atom-müll-Lagerplatz und wollen ein Endlagersuchgesetz im Bund-Länder-Konsens erarbeiten.

Frühjahr und Sommer 2012: Bund und Länder verhandeln intensiv hinter verschlossenen Türen über das Gesetz. Umweltverbände und Initiativen (U&I) fordern vehement eine gesellschaftliche Atommülldebatte vor Verabschiedung eines Gesetzes. Die Politik lehnt ab. Begründung: Der angestrebte Parteienkonsens sei wegen der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 nur bis September 2012 möglich.

1.10.2012: Aus einer Pressemitteilung von .ausgestrahlt: "Seit bald einem Jahr verhandeln die Parteien um das Endlagersuchgesetz. Immer wieder wurde behauptet, eine Einigung stünde unmittelbar bevor. Eine Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Gesprächen wurde immer wieder mit der Begründung abgelehnt, dass dafür keine Zeit sei weil ja für die Einigung der Parteien nur ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung stünde."

Januar 2012: SPD und Grüne versprechen im niedersächsischen Landtagswahlkampf, dass es mit ihnen keinen Atom-müll-Konsens geben werde, bei dem Gorleben im Topf bleibe.

24.3.2012: Die neue rot-grüne niedersächsische Landesregierung einigt sich mit Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) darauf, dass es nach der Verabschiedung des

Politik einig – Konflikt un-

Fragen und Antworten zum Endlagersuchgesetz und der Atom



Foto: Christina Palitzsch / PubliXviewinG

Wozu gibt es das Endlagersuchgesetz?

Jahrzehntelang wurde im Salzstock Gorleben an einem „Endlager“ für hochradioaktiven Atommüll gebaut. Ausschlaggebend für die Wahl des Standorts 1977 war vor allem seine Nähe zur damaligen DDR. Zwar stellte sich schnell heraus, dass der Salzstock für eine langfristige Atommüll-lagerung ungeeignet ist, da er direkten Kontakt zum Grundwasser hat. Das Projekt lief trotzdem weiter, bis heute flossen 1,6 Milliarden Euro hinein.

Die Menschen im Wendland haben sich von Anfang an, auch mit bundesweiter Unterstützung, dagegen gewehrt, zum Atomklo der Nation zu werden. Besonders bei den jährlichen Castor-Transporten in das oberirdische Zwischenlager in Gorleben wurde der Widerstand immer größer.

Vor einigen Jahren ist denjenigen, die ein Endlager in Gorleben durchsetzen wollen, bewusst geworden, dass das Projekt am Ende vor Gericht scheitern könnte, weil es nie eine Öffentlichkeitsbeteiligung und keinen Vergleich mit anderen Standorten gegeben hat. Sie suchten also nach einem Weg, diese „Geburtsfehler“ zu heilen. Geschickt verbündeten sie sich dazu mit denjenigen SPD- und Grünen-PolitikerInnen, die einen Neustart der Suche nach einem Atommülllagerplatz anstrebten. Heraus kam das Endlagersuchgesetz, dem vier Bundestagsfraktionen (Union,

SPD, FDP, Grüne) und alle 16 Bundesländer zustimmten: Die einen hofften, damit Gorleben gerichtsfest zu machen, die anderen, so den Standort zu kippen.

Warum gilt das Gesetz als „Gorleben-Durchsetzungsgesetz“?

Weil sich in den Details die Gorleben-BefürworterInnen an vielen Punkten durchgesetzt haben. Es ist per se schwierig, einen bereits mit großem finanziellem Aufwand ausgebauten Standort völlig fair mit anderen Standorten zu vergleichen. In Gorleben ist zudem schon viel Infrastruktur vorhanden. Oberirdisch lagern bereits 113 Castor-Behälter. Wissenschaftliche Institutionen und Behörden haben jahrzehntelang auf diesen Standort hingearbeitet und sind auf Gorleben und Salz als Lagermedium fixiert. Die all-gemeingültigen Sicherheitsanforderungen für ein „Endlager“ für hochradioaktiven Atommüll sind auf Gorleben ausgerichtet. Gorleben ist der einzige im Gesetz bereits benannte Standort.

Es müssten also eine ganze Reihe Vorkehrungen getroffen werden, damit Gorleben im Vergleich mit anderen Standorten nicht automatisch besser abschneidet. Das Gegenteil ist der Fall: So schreibt das Gesetz nicht vor, dass mehrere Standorte pro Wirtsgestein untertägig erkundet und so miteinander verglichen werden

Atomkraftwerke produzieren seit Jahrzehnten
Zigtausende Tonnen Atommüll!
 Kein Gramm davon ist bisher schicklos entsorgt.

1 MILLION JAHRE ... **IN VIER JAHREN ...**

SO WÜLLTEN POLITIK UND ATOMINDUSTRIE DAS ATOMMÜLLPROBLEM BISHER „LÖSEN“

die **Politik** verschiebt ... **IN ABSCHAFFUNG DER ATOMMÜLLSUCHGESETZE** ...
 im **Neuen** ...
 die **Atomindustrie** ...
 die **Atomindustrie** ...

DER ATOMMÜLLKONFLIKT

ATOMINDUSTRIE & POLITIK ... **WEHRT SICH** ...

Die **Atomindustrie** ...
 Die **Politik** ...

DAS ENDLAGERSUCHGESETZ

Keine Wahlmöglichkeit der Bevölkerung ...
 Die **Mitbestimmung** ...

GORLEBEN VERGIFTET DAS VERFAHREN

Die **Atomindustrie** ...
 Die **Politik** ...

WEM VERTRAUT DIE BEVÖLKERUNG BEIM THEMA ATOMMÜLL?

Atomtätigen WissenschaftlerInnen	58%
Umweltverbänden	52%
Gewerkschaften	43%
JuristInnen	41%
Pro-Atom-WissenschaftlerInnen	38%
Kirche	28%
WirtschaftsexpertInnen	25%
PolitikerInnen	22%

DIE ATOMMÜLLKOMMISSION

OFFIZIELL ...
FALSCHES LENTZ ...
REAL ...

1. Sitzung (2009) ...
2. Sitzung (2010) ...
3. Sitzung (2011) ...
4. Sitzung (2012) ...

FALSCHES REITENFOLGE ...
FALSCHES THEMA ...
FALSCHER MODUS ...

gelöst müll-Kommission

müssen. Gut möglich also, dass am Ende Gorleben nicht mit einem anderen Salzstock verglichen wird, sondern nur mit einem Ton-Standort. Das ist dann wie Äpfel mit Birnen vergleichen: Da ist Manipulation Tür und Tor geöffnet.

In der im Gesetz vorgesehenen Kommission sollen eine ganze Reihe Gorleben-BefürworterInnen sitzen. Bei der geplanten Besetzung ist es undenkbar, dass sich eine 2/3-Mehrheit für Kriterien ausspricht, die Gorleben ausschließen – auch wenn diese, wie etwa ein wasserundurchlässiges Deckgebirge, ursprünglich einmal gültig und akzeptiert waren.

Die meisten Kompetenzen im Suchprozess werden in einem neuen „Bundesamt für kerntechnische Entsorgung“ gebündelt, dessen Entscheidungen aber laut Gesetz kaum beklagbar sind. Wird Gorleben von diesem Amt auf den Weg gebracht, ist es juristisch nicht mehr zu stoppen.

Welche Aufgaben hat die im Gesetz vorgesehene Atommüll-Kommission?

Sie soll bis Ende 2015 eine ganze Reihe von Grundsatzfragen in Sachen Atommüll klären, beispielsweise, ob die Abfälle rückholbar gelagert werden sollen. Sie soll das Gesetz evaluieren und kann dem Bundestag Vorschläge für eine Änderung machen. Sie soll Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung entwickeln und geologische Kriterien für die Standort-Auswahl festlegen.

Die Kommission wurde in letzter Minute von der rot-grünen niedersächsischen Landesregierung in das Gesetz hineinverhandelt. Man merkt dem Paragrafenwerk an, dass dieses Gremium nicht zum Rest des beschriebenen Verfahrens passt. Das neue Bundesamt etwa soll schon parallel zur Kommission seine Arbeit aufnehmen – und Fakten schaffen.

Welche Mängel hat die Kommission?

Das Parlament muss die Ergebnisse der Kommission nicht berücksichtigen. Gut möglich, dass ihre Arbeit am Ende einfach

Gesetzes eine Kommission geben soll, die das Gesetz evaluieren und die Kriterien für die Standortsuche entwickeln soll. Die Bauarbeiten im Salzstock Gorleben sollen beendet werden und keine Castor-Transporte mehr nach Gorleben rollen. Gorleben bleibt allerdings möglicher Endlager-Standort.

Frühjahr 2012: U&I fordern weiterhin vehement eine gesellschaftliche Atommüll-debatte vor Verabschiedung eines Gesetzes. Die Politik lehnt ab, Begründung: Das Gesetz müsse unbedingt mit ausreichend Abstand zur Bundestagswahl im September 2013 verabschiedet werden, also spätestens im Juni 2012.

9.4.2013: Bund und Länder einigen sich auf die Grundzüge des Endlagersuchgesetzes. SpitzenpolitikerInnen sprechen von einem "historischen Tag".

31.5.2013: Nach der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag lädt Umweltminister Altmair zu einem Bürgerforum ein: Jede/r soll fünf Minuten seine Meinung sagen dürfen. 140 Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen boykottieren die Veranstaltung, die vor halbleeren Stuhlreihen stattfindet.



Foto: Christiane Knoppe

28.6.2013: Der Bundestag beschließt das Endlagersuchgesetz mit den Stimmen von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen.

Dieses Falblatt kannst Du auf Seite 12 bestellen

23.7.2013: Das Gesetz tritt in Kraft. Von den 33 Sitzen in der geplanten Atommüll-Kommission sind zwei für VertreterInnen von Umweltverbänden vorgesehen.

August 2013: .ausgestrahlt befragt Anti-Atom-Initiativen im ganzen Land, ob sich .ausgestrahlt an der Kommission beteiligen soll oder nicht. Die Antworten sind sehr differenziert.

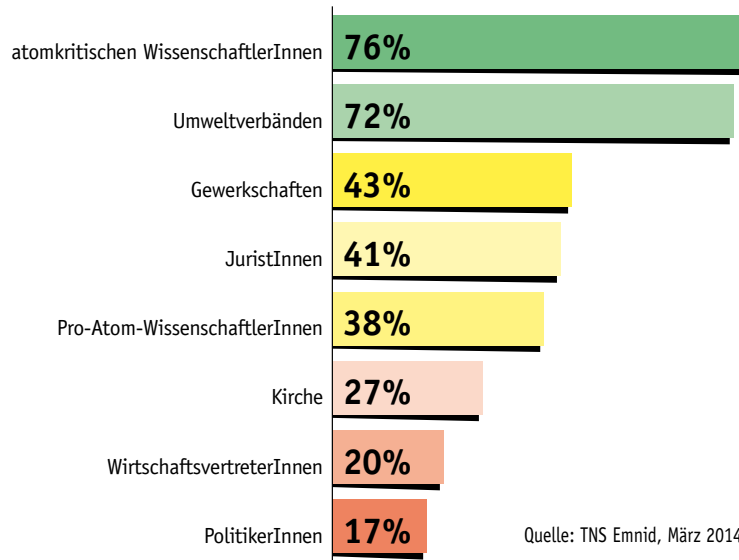
19.12.2013: Die Umweltverbände schreiben dem Bundestag und erklären, dass sie unter den derzeitigen Bedingungen die Plätze in der Kommission nicht einnehmen werden, aber gesprächsbereit sind.

26.2.2014: .ausgestrahlt veröffentlicht die seit einem halben Jahr unter Verschluss gehaltene Liste der acht Personen, die als "unabhängige WissenschaftlerInnen" in die Kommission berufen werden sollen (siehe Seite 6).

10.3.2014: .ausgestrahlt veröffentlicht die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, wonach atomkritische WissenschaftlerInnen und Umweltverbände das mit Abstand größte Vertrauen in der Bevölkerung in Sachen Atommüll genießen (siehe Grafik).

10.3.2014: 850 Tage nach dem angeblichen "Neustart" sind U&I erstmals zu einem zweistündigen Gespräch mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) eingeladen, um ihren Standpunkt zur Atommüll-Frage zu erläutern.

17.3.2014: .ausgestrahlt veröffentlicht Voraussetzungen für eine Mitarbeit in der Atommüll-Kommission.



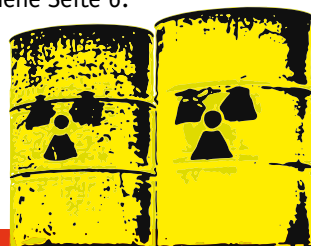
in der Schublade verschwindet – so wie schon vor zehn Jahren die des „AK End“. Der hatte bereits damals mit großem Aufwand ein neues Suchverfahren entwickelt.

Statt zuerst die Kommission arbeiten zu lassen, um dann aus ihren Ergebnissen ein Gesetz zu machen, haben Bundestag und Bundesrat bereits mit überwältigenden Mehrheiten ein Gesetz beschlossen. Die Kommission muss diese Mehrheiten also gegebenenfalls überzeugen, ihre eigenen Beschlüsse zu revidieren.

Die Kommission entscheidet, wenn sie sich nicht einig ist, mit 2/3-Mehrheit. Bei einem Konflikt wie dem um die Atommüll-lagerung sind Mehrheitsentscheidungen jedoch kontraproduktiv. Der gesellschaftliche Konflikt kann so nicht überwunden werden. Außerdem führt die Mehrheitsregel dazu, dass sich die Kommissionsmitglieder mehr um Sperrminoritäten und taktische Bündnisse kümmern werden als um einvernehmliche Lösungen, die alle relevanten Interessen berücksichtigen und daher auch von allen getragen werden.

Wer sitzt in der Kommission?

Laut Gesetz 33 Personen: ohne Stimmrecht acht VertreterInnen der Bundestagsfraktionen, acht VertreterInnen der Bundesländer sowie ein/e Vorsitzende/r. Mit Stimmrecht acht „unabhängige WissenschaftlerInnen“ und je zwei VertreterInnen aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und Umweltverbänden – siehe Seite 6.



Wem vertraut die Bevölkerung in Sachen Atommüll?

Emnid hat Anfang März in einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von .ausgestrahlt ermittelt, welche der für die Kommission vorgesehenen gesellschaftlichen Gruppen wie viel Vertrauen in der Bevölkerung genießen. Das Ergebnis ist eindeutig: Breites Vertrauen, selbst unter den AnhängerInnen von CDU/CSU, haben nur atomkritische WissenschaftlerInnen sowie Umweltverbände – siehe Grafik.

Wie lassen sich die Voraussetzungen verbessern, den Atommüll-Konflikt zu überwinden?

Das Ziel ist anspruchsvoll: Zum einen muss es gelingen, ein möglichst sicheres Lagerkonzept für die ewig strahlenden Abfälle der Atomwirtschaft zu finden, zum anderen einen oder mehrere Orte, an denen dieses Konzept umgesetzt werden kann. Die Menschen, die dort leben, werden einem Risiko ausgesetzt. Das werden sie nur dann akzeptieren, wenn das Verfahren, um diese Orte auszuwählen, extrem vertrauenswürdig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür steigt, wenn keine/r mehr mit der Produktion von Atommüll Geld verdient. Die AKW müssen also abgeschaltet werden.

Mögliche Betroffene müssen von Anfang an bei der Entwicklung des Verfahrens für die Suche und Auswahl von Konzept und Orten einbezogen sein. Sie müssen sagen können, was sie brauchen, um am Ende „Ja“ sagen zu können. Politik und Wissenschaft müssen umsetzen, was die Betroffenen brauchen.

Deswegen ist es erfolgversprechender, das Verfahren im gesellschaftlichen Konsens zu entwickeln und nicht mit der Mehrheit eine Minderheit zu überstimmen. Gerade den Betroffenen und den BedenkenträgerInnen kommt eine zentrale Rolle zu: Sie können diejenigen sein, die auf der Basis ihrer großen Motivation wichtige Impulse setzen und andererseits die Schwachstellen im Verfahren aufdecken und es besser machen.

Greenpeace und andere haben eine Mitarbeit in der Kommission ausgeschlossen. .ausgestrahlt bisher nicht – warum?

So wie das Gesetz und die Kommission derzeit gestrickt sind, ist das Verfahren nicht erfolgversprechend. Die Mitarbeit von AtomkraftgegnerInnen in der Kommission würde so lediglich ein untaugliches Verfahren legitimiert. Aus Sicht von .ausgestrahlt macht eine Mitarbeit aber nur Sinn, wenn sich dadurch die Risiken der Atommülllagerung minimieren lassen und sich die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass ein gesellschaftlicher Konsens zum Umgang mit Atommüll erreicht werden kann – auch und gerade mit den betroffenen Regionen. Deshalb wird auch .ausgestrahlt unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht in

der Kommission mitarbeiten. Wir haben allerdings überlegt, wie wir das Verfahren noch positiv wenden können, und haben Voraussetzungen formuliert, unter denen wir mitarbeiten können – denn wir wollen ja ein funktionierendes Verfahren, um den gesellschaftlichen Konflikt zu überwinden.

Was fordert .ausgestrahlt in Bezug auf die Kommission?

Zusammensetzung: Die Sitze der angeblich „unabhängigen WissenschaftlerInnen“ müssen neu besetzt werden, und zwar im Konsens und nicht durch parteipolitisches Geschacher. **Arbeitsweise:** Die Kommission muss im Konsens entscheiden, nicht Minderheiten überstimmen. Nur so ist sind tragfähige Ergebnisse zu erwarten.

Reihenfolge: Die Kommission muss als erstes das Endlagersuchgesetz evaluieren – damit der Bundestag die Chance hat, die Fehler im Gesetz auszubügeln, die einer sinnvollen inhaltlichen Arbeit der Kommission und einer neutralen Suche nach einem Standort im Wege stehen. **Inhaltlich:** Die Kommission darf sich nicht auf die fünf Prozent hochradioaktiven Abfälle beschränken, sondern muss sich auch um die übrigen 95 Prozent kümmern. Sie muss die akuten Probleme bei der Zwischenlagerung des Mülls mit in den Blick nehmen. Sie muss der betroffenen Bevölkerung frühzeitig Mitbestimmungsrechte einräumen. Ihre Arbeit darf nicht durch ein Bundesamt für kerntechnische Entsorgung konterkariert werden, das bereits Fakten schafft, während die Kommission noch diskutiert. **Gorleben:** Der Antrag auf Planfeststellung für Gorleben wird zurückgenommen. Die Veränderungssperre für Gorleben wird aufgehoben – oder alternativ in allen potenziell geologisch geeigneten Regionen eine Veränderungssperre verhängt.

Mehr Details und aktuelle Infos unter www.ausgestrahlt.de/atommuell

19. 3. 2014: Fast neun Monate nach Verabschiedung des Gesetzes sind U&I erstmals zu einem Gespräch mit den zuständigen PolitikerInnen aus Bundestagsfraktionen und Bundesländern eingeladen. Schon 22 Tage später soll die Kommission eingesetzt werden.

26. 3. 2014: Umweltministerin Hendricks zieht die Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans für Gorleben zurück. Damit ist eine von 13 Voraussetzungen erfüllt, die .ausgestrahlt für die Mitarbeit in einer ersten Phase der Kommissionsarbeit formuliert hat.

28./29. 3. 2014: Auf einer großen Tagung in Berlin diskutieren Umweltverbände und Initiativen das Atommüll-Problem, das Endlagersuchgesetz und die geplante Kommission. Es bleibt dabei, dass unter den derzeitigen Rahmenbedingungen niemand in die Kommission geht – aber weiter Gesprächsbereitschaft besteht.

31. 3. 2014: In einem zweiten Gespräch mit Bundestagsfraktionen und Bundesländern machen U&I deutlich, dass es noch Zeit braucht, wenn sich die Politik mit ihnen auf Rahmenbedingungen für die Kommissionsarbeit verständigen will. Die Politik beharrt darauf, die Kommission am 10./11.4.2014 einzusetzen: Die Zeit dränge ...

(Stand: 1.4.2014)



**energy transition?
...energy turnaround?**

Foto: Carthago City Aulendorf, 1.1 MW

**the world speaks of the german
“energiewende”!**

2014: Kohle und Atomausstieg voranbringen! Wir realisieren Solarprojekte. Interessiert an einer Beteiligung?

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772
www.oberschwaben-solar.de
info@oberschwaben-solar.de

Anzeigen



DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

Falsche Besetzung

Wen die Politik auf welchem Ticket in die Atommüll-Kommission entsenden will

Auf dem Papier besteht die Atommüllkommission aus 33 Personen: 16 ParteipolitikerInnen (die aber nicht stimmberechtigt sind), acht „unabhängigen WissenschaftlerInnen“, acht „VertreterInnen der Zivilgesellschaft“ (unterteilt in je zwei VertreterInnen von „Wirtschaft“, „Gewerkschaften“, „Kirchen“ und „Umweltverbänden“) sowie einer oder einem Vorsitzenden.

Tatsächlich berufen werden sollen (Stand 31. März) nach Informationen von .ausgestrahlt folgende Personen:

Vorsitzende

Foto: U. Heinen



Ursula Heinen-Esser (CDU)

ehemalige Staatssekretärin im Umweltministerium unter Norbert Röttgen und Peter Altmaier. Hat das Endlagersuchgesetz, das die Kommission evaluieren soll, mit erarbeitet und als Bundestagsabgeordnete mit beschlossen. 2011 als von Röttgen eingesetzte Koordinatorin des sogenannten „Gorleben-Dialogs“ gescheitert. Aufsichtsratsvorsitzende der atomfreundlichen Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS). Wegen der großen Kritik an der Personalie wird ihr wohl noch ein(e) zweite(r) Vorsitzende(r) zur Seite gestellt, mit der/dem sie sich dann abwechseln soll: Beide wären also jeweils nur die Hälfte der Sitzungen der Kommission dabei.

„PolitikerInnen“

Acht Bundestagsabgeordnete

Steffen Kanitz (CDU/CSU), **Andreas Jung** (CDU), **Eckhard Pols** (CDU), **Florian Oßner** (CSU), **Matthias Miersch** (SPD), **Ute Vogt** (SPD), **Hubertus Zdebel** (Die Linke), **Sylvia Kotting-Uhl** (Grüne) sowie acht noch unbekannte VertreterInnen der Bundesländer

„VertreterInnen der Zivilgesellschaft“

a) „WIRTSCHAFT“

Ralf Güldner

Präsident des Deutschen Atomforums und Vize-Chef von Eon Kernkraft.

b) „GEWERKSCHAFTEN“

Erhard Ott (SPD)

Leiter des für die Energiewirtschaft zuständigen Fachbereichs bei Ver.di.

c) „KIRCHE“

Georg Milbradt (CDU)

ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen und bisher weder als Experte für Atommüll noch als Repräsentant der katholischen Kirche öffentlich in Erscheinung getreten.



Foto: AlMare

„Unabhängige WissenschaftlerInnen“

Bruno Thomauske

Ex-Atommanager und Chef der Vattenfall-AKW Brunsbüttel und Krümmel. Zuvor beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) viele Jahre verantwortlich für die Endlager(projekte) Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben sowie für die Genehmigung von Zwischenlagern – darunter das in Brunsbüttel, das der VGH Schleswig unlängst wegen eklatanter Sicherheitsdefizite für illegal erklärt hat. Setzte 1997 über die Bedenken von Geologen hinweg die weitere Erkundung des Salzstocks Gorleben durch, den er für „sorgfältig ausgewählt“ und „fraglos geeignet“ hält. Inhaber eines von RWE finanzierten Lehrstuhls an der RWTH Aachen (2010), Leiter des dortigen Instituts für Nukleare Entsorgung und Techniktransfer (NET). Kassierte mit seiner Beratungsfirma fast eine Million Euro für seinen Beitrag zur „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ (VSG), die ein Endlager im maroden Salzstock ermöglichen soll. Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums.



Foto: U. Grimberg

Michael Sailer

Chemiker, Geschäftsführer des Öko-Instituts und Vorsitzender der Entsorgungskommission des Bundes. Hat als Berater der schwarz-gelben Bundesregierung sowie als von der CDU/CSU-Fraktion benannter Sachverständiger intensiv am Endlagersuchgesetz mitgearbeitet, das die Kommission nun evaluieren soll; ist zudem im Gespräch als Präsident des „Bundesamts für kerntechnische Entsorgung“, dessen Notwendigkeit die Kommission erst prüfen soll. Sprach sich in der Vergangenheit für Castor-Transporte nach Gorleben und den Verbleib des Atommülls in der Asse aus und hält den maroden Salzstock Gorleben als Endlager grundsätzlich für geeignet.



Foto: Öko-Institut

Armin Grunwald

Institutsleiter am KIT, das als „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ jahrzehntelang Atomgefahren kleinredete, Atommüll produzierte und bedenkenlos verklappte und heute noch Transmutationsforschung betreibt.

Hartmut Gaßner

Rechtsanwalt, der im Regierungsauftrag unsichere Zwischenlagerhallen an den AKW-Standorten gegen den Willen der AnwohnerInnen durchboxte.

Wolfram Kudla

Bauingenieur, hält ein Patent zum Verschluss von Stollen in Salzgestein.

Ulrich Kleemann

Geologe, grüner Regierungspräsident in Koblenz, arbeitete für die grüne Bundestagsfraktion zum Untersuchungsausschuss Gorleben. Hält den Salzstock Gorleben für geologisch ungeeignet.

Detlev Appel

Geologe, Mitglied des Ausschusses Endlagerung der Entsorgungskommission des Bundes.



Energiewende nicht kentern lassen!

10.5.: Große bundesweite Demo in Berlin – an Land und auf dem Wasser der Spree

Mit einer grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) will die Bundesregierung die Energiewende ausbremsen. Ein zügiger Ausstieg aus Atom- und Kohlekraft wird so immer unwahrscheinlicher.

Zwei Wochen bevor der Bundesrat über das neue Gesetz verhandelt, fordern wir am Samstag, den 10. Mai, mit einer außergewöhnlichen Protestaktion in Berlin „Energiewende nicht kentern lassen!“. Eine Großdemonstration durchs Regierungsviertel (Start um 13 Uhr am Potsdamer Platz) wird auf Höhe von Bundestag und Kanzleramt auf eine Wasserdemo aus Booten und Schiffen treffen – ein buntes Happening auf der Spree, an den Ufern der Spree sowie auf den Brücken über die Spree. Mit einer Mischung aus Kundgebung, Konzert und Fest setzen wir ein positives Zeichen für eine dezentrale, demokratische und von BürgerInnenhand gestaltete Energiewende – und gegen Fracking, Kohle und Atom! **Bist Du dabei?**

26.4.: Protest- und Kulturmeile am AKW Brokdorf

Am 28. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl fordern wir mit einer Protest- und Kulturmeile rund um das Kraftwerksgelände des AKW Brokdorf, dieses und alle anderen AKW endlich abzuschalten: Samstag, 26. April, ab fünf vor zwölf. Organisiert wird die Protestveranstaltung von einem Bündnis lokaler Anti-Atom-Initiativen gemeinsam mit .ausgestrahlt. Wenn Du die Meile mit Musik, Straßentheater, Akrobatik oder Mitmach-Aktionen bereichern möchtest, melde Dich unter meile@brokdorf-akut.de www.ausgestrahlt.de/brokdorf



Mach die Land&Wasser-Demo am 10. Mai zu einem großen Erfolg:

- Sprich FreundInnen, Bekannte, NachbarInnen und Verwandte an und verabrede Dich zum gemeinsamen Energiewende-retten-Ausflug nach Berlin!
- Du hast selbst ein Kanu oder Schiff, mit dem Du auf der Spree mitdemonstrieren willst?
bootsdemo@energiewende-demo.de
- Verteile Flyer, klebe Plakate!
→S. 11 oder www.ausgestrahlt.de/shop
- Nutze soziale Netzwerke und E-Mails, um die Land&Wasser-Aktion bekannt zu machen.
- Kennst Du eine Gruppe, Organisation oder Unternehmen, die/das für die Demonstrationen werben könnte?
- Gehe in Deiner Stadt/Region auf andere Energiewende-Akteure zu und rege einen gemeinsamen Bus nach Berlin an.
- Organisiere selbst einen Bus!
- Unterstütze die Vorbereitung des Land&Wasser-Protests mit einer Spende an .ausgestrahlt!



Aktuelle Infos, Mitfahrbörsen, Tipps zum Busse organisieren und Materialien findest Du unter www.ausgestrahlt.de/energiewende

Mai: Mox-Transport nach Brokdorf

Für Mai ist ein erneuter Transport plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente zum AKW Brokdorf angekündigt. Aktuelle Infos dazu demnächst auf unserer Webseite und im Newsletter, den Du auf www.ausgestrahlt.de/newsletter kostenlos abonnieren kannst.

AKW Grafenrheinfeld abschalten – lieber heute als morgen

Mit der Ankündigung, das AKW ein paar Monate früher vom Netz zu nehmen als gesetzlich vorgeschrieben, ist die Debatte um den Uraltmeiler in Grafenrheinfeld keineswegs beendet (vgl. Seite 9): Immer noch will Eon den Reaktor, den niemand braucht, bis 2015 laufen lassen! Über Sicherheitsprobleme und mehr informiert die neue .ausgestrahlt-Broschüre „AKW Grafenrheinfeld – nein danke!“ – bestellbar auf Seite 12. Auch die Unterschriftensammlung gegen das AKW läuft weiter: www.ausgestrahlt.de/grafenrheinfeld



29.5.–9.6.: .ausgestrahlt auf der „Kulturellen Landpartie“

Endlagersuchgesetz hin, Atommüllkommission her – der mehr als 35 Jahre alte Plan, den maroden Salzstock Gorleben zum atomaren Endlager zu machen, ist noch lange nicht vom Tisch. Eine aus dem Widerstand gegen den Atommüll geborene Idee ist die „Kulturelle Landpartie“, bei der viele Hundert KünstlerInnen und HandwerkerInnen aus dem Wendland von Himmelfahrt bis Pfingsten ihre Hoflore öffnen. .ausgestrahlt ist mit der Fotoausstellung „Brokdorf | Tschernobyl – Was wäre, wenn ...“ von Alexander Neureuter in Meuchefitz vertreten – und natürlich mit jeder Menge Hintergrundinfos und Materialien zum Thema Atommüll und Atommüllkommission. www.kulturelle-landpartie.de www.ausgestrahlt.de/atommuell



Hört auf mit dem Müll!

Wie .ausgestrahlt Druck gegen die weitere Atommüllproduktion macht, die Fehler des Endlagersuchgesetzes offenlegt und für eine tragfähige Lösung des Atommüllkonflikts streitet

• FEBRUAR •

165 Castoren mehr

Über die 26 Castoren, die noch nach Deutschland zurückkommen sollen, diskutieren Bund und Länder schon seit vielen Monaten. Am 14.2. treffen sich die UmweltministerInnen erneut deswegen: Keiner will den Dreck haben. Worüber sie nicht reden, ist der neue Müll, den die AKW jedes Jahr produzieren. Allein 2013 waren das 24 Castoren voll, bis Ende 2022 werden es vermutlich 165 sein. Die Forderung von .ausgestrahlt beim MinisterInnentreffen in Berlin ist einfach: „Hört auf mit dem Müll!“



Aktion vor dem
Bundesumweltministerium
Foto: Pauline Geyer

Geheimliste veröffentlicht

Je acht „unabhängige WissenschaftlerInnen“ und „VertreterInnen der Zivilgesellschaft“ sollen in der Atommüllkommission Stimmrecht haben; die Namen der Ersteren haben die Parteien bereits im Sommer 2013 ausgekugelt. Ende Februar, kurz bevor der Bundestag die Mitglieder offiziell ernennen soll, macht .ausgestrahlt die monatelang geheimgehaltene Liste öffentlich: Als „unabhängige WissenschaftlerInnen“ sollen unter anderem der Ex-Atommanager und langjährige Leiter des Endlagerprojekts Gorleben, Bruno Thomauske, sowie eine ganze Reihe weiterer Personen mit zum Teil handfesten Interessenskonflikten in der Kommission sitzen – mehr dazu auf Seite 6 sowie unter www.ausgestrahlt.de/atommuell



Hannover, Foto: HOGU2014

• MÄRZ •

Vertrauensfrage

Fünf Parteien haben das Endlagersuchgesetz und die Besetzung der geplanten Atommüllkommission ausgehandelt, Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen jedoch kritisieren beides. Eine Minderheitenposition, wiegelt die Politik ab. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag von .ausgestrahlt zeigt, wem die Bevölkerung in Sachen Atommüll tatsächlich vertraut (siehe Grafik Seite 2): Ganz vorne liegen atomkritische WissenschaftlerInnen und Umweltverbände, ganz hinten WirtschaftsvertreterInnen und PolitikerInnen ... www.ausgestrahlt.de/atommuell

Atommüllkongress

Die gesellschaftliche Debatte um die Lagerung von radioaktiven Abfällen voran bringt .ausgestrahlt mit einer Tagung am 28./29.3. in Berlin, organisiert gemeinsam mit anderen Umweltverbänden und Bürgerinitiativen. Über 200 Gäste aus Bewegung, Verbänden, Politik, Behörden, Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften und Atomwirtschaft nehmen dabei auch die vom Endlagersuchgesetz bisher komplett ausgesparten Probleme in den Blick, etwa die unzähligen Zwischenlager bundesweit.



Podiumsdiskussion am 28.3.
Foto: Andreas Conradt /
PubliXviewinG

Fukushima mahnt

„Alle AKW abschalten“ fordern AtomkraftgegnerInnen am 10./11.3. in mehr als 240 Orten – denn auch in den neun AKW, die hier noch laufen, kann es jeden Tag zum Super-GAU kommen. .ausgestrahlt hat zu den Mahnwachen aufgerufen und diese mit Materialien und bundesweiter Pressearbeit unterstützt. Fotos aus vielen Orten findest du unter www.ausgestrahlt.de/mahnwachen



Nürnberg, Foto: Ingo Winkelströter



Mülheim, Foto: Dieter Nocus

Endlager nur im Konsens

Ein 13-seitiges Papier listet Mitte März die Voraussetzungen auf, die aus Sicht von .ausgestrahlt unabdingbar sind, wenn die Atommüllkommission ein ernsthafter Versuch sein soll, den jahrzehntelangen Konflikt zu lösen. Dazu gehört unter anderem eine Vereinbarung, wonach die Kommission nur im Konsens entscheidet, sowie die Neubesetzung der Plätze der „unabhängigen WissenschaftlerInnen“ – auch dies im Konsens. Mehr dazu auf Seite 5 sowie unter www.ausgestrahlt.de/atommuell

Grafenrheinfeld schneller abschalten

Wie bei einer Laufzeitverlängerungsdebatte eine Laufzeitverkürzung für das älteste und rissanfälligste AKW herauskommt – und was .ausgestrahlt dazu beigetragen hat

Ende 2013: Mit immer neuen Gerüchten über angebliche Probleme bei der Versorgungssicherheit versuchen Bayerische Staatsregierung und andere, einer Laufzeitverlängerung des AKW Grafenrheinfeld den Boden zu bereiten. Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft spricht sich gegen das geplante Abschalten des Reaktors Ende 2015 aus. Gemeinsam mit dem Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft hält .ausgestrahlt seither gleich mehrfach dagegen:

- Eine im Auftrag von .ausgestrahlt erstellte Studie belegt Anfang März, dass das fränkische AKW schon heute komplett überflüssig ist – auch ohne „Thüringer Strombrücke“ und neues Gaskraftwerk. Die Expertise findet breites Medienecho.
- Wie wenig die bayerische Bevölkerung von einer Laufzeitverlängerung hält, zeigt eine von .ausgestrahlt Ende Januar beauftragte Emnid-Umfrage: 67 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, das AKW allerspätestens Ende 2015 vom Netz zu nehmen, 26 Prozent wollen den Reaktor sogar sofort abschalten. Selbst unter den CSU-AnhängerInnen sind nur ein Drittel für eine Laufzeitverlängerung.
- In einem Flyer, den AtomkraftgegnerInnen Anfang März bei Dutzenden Fukushima-Mahnwachen in Bayern verteilen, widerlegt .ausgestrahlt die „Licht aus“-Märchen mit Fakten.
- Die neue .ausgestrahlt-Broschüre „AKW Grafenrheinfeld – nein danke!“ liefert gute Argumente für dessen sofortige Stilllegung – vom zu spröden Stahl bis zur Häufung von Fehlbildungen in der Umgebung des Reaktors.
- Bereits 4.000 Menschen (Stand: Anfang April) fordern auf Initiative von .ausgestrahlt mit ihrer Unterschrift „AKW Grafenrheinfeld abschalten – lieber heute als morgen“; Unterschreiben ist weiterhin möglich.



Energiewende-Demo im München am 22.3.

Foto: Sarah Lahl

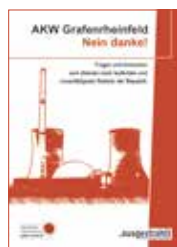
Ende März „droht“ Eon damit, das AKW früher als gesetzlich vorgeschrieben abzuschalten. CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer bemüht erneut das „Licht aus“-Märchen: Er will Eon millionenschwere Steuerzahlungen erlassen, damit das AKW bis Ende 2015 weiterläuft. .ausgestrahlt versorgt Presse und Politik mit Fakten und Hintergrundinfos.

Auf der Energiewende-Demo in München am 22.3. fordern 5.000 Menschen, die AKW endlich abzuschalten; ein .ausgestrahlt-Flyer informiert über den Uralt-Meiler. Drei Tage später verkündet die Staatsregierung, einer vorzeitigen Abschaltung des AKW stehe nichts im

Wege. Eon teilt am 28.3. mit, den Reaktor Ende Mai 2015 und damit sieben Monate vor dem gesetzlichen Abschalttermin stilllegen zu wollen – wobei vorerst offen bleibt, ob das ernst gemeint oder nur eine weitere Finte im Millionepoker ist.

Wir meinen: Jeder Tag, den Grafenrheinfeld weniger läuft, ist ein guter Tag. Aber noch besser wäre es, wenn der rissanfällige Uraltmeiler sofort stillgelegt würde. Wir werden weiter Druck machen ...

Hintergrund-Infos, Studie, Umfrage, Unterschriftensammlung und Broschüre zum AKW Grafenrheinfeld findest Du unter www.ausgestrahlt.de/grafenrheinfeld



Fukushima-Mahnwache im bayerischen Bad Steben/Marktredwitz



... lieber heute als morgen“, Foto: Sarah Lahl



Hannover, Foto: chasserlaud

Siebenfach für eine echte Energiewende

30.000 Menschen für einen schnelleren Ausstieg aus Atom- und Kohlekraft auf der Straße „Abschalten, abschalten“, skandieren sie in Wiesbaden, unüberhörbar, „Das Maß ist voll“, heißt es in München, wo der Maßkrug auf dem Banner in echt ein AKW-Kühlturm ist, und die Anti-Atom-Fahnen sind so wieso überall omnipräsent. Zweieinhalb Wochen bevor das Kabinett den Entwurf des neuen Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschließen will, gehen am 22.3. in sieben Landeshauptstädten rund 30.000 Menschen auf die Straße: in Kiel und Potsdam, Hannover und Düsseldorf, Mainz, Wiesbaden und München (und zusätzlich noch Freiburg). Sie fordern einen schnelleren Ausstieg aus Atom- und Kohlekraft und einen zügigen Umstieg auf erneuerbare Energien und machen, so hält ein Fernsehkommentator abends fest, „ordentlich Druck“ für eine echte Energiewende. Initiiert und unterstützt hat die Demos ein Bündnis verschiedener Organisationen, darunter .ausgestrahlt. Am 10. Mai geht's weiter, diesmal wieder in Berlin – siehe Seite 7. www.ausgestrahlt.de/energiewende

Potsdam, Foto: Nate Pischner



Potsdam, Foto: Nate Pischner



München, Foto: Daniela Wüst



Kiel, Foto: Andreas Conrady/PubiXViewing



Kiel, Foto: Karin Behr/PubiXViewing



Wiesbaden, Foto: Sabine Yacoub



.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellen kannst Du mit Hilfe dieser Seite (einfach heraustrennen und nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Pro Bestellung fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

ENERGIEWENDE-DEMO AM 10. MAI IN BERLIN

Flyer und Plakate zum Mobilisieren für die große Energiewende-Demo zu Wasser und zu Land am 10. Mai in Berlin. Hilf mit, damit die Energiewende nicht kentert!

Plakat „Energiewende nicht kentern lassen!“

_____ A3 – kostenlos K301
_____ A2 – kostenlos K302



Flyer „Energiewende nicht kentern lassen!“

_____ Flyer A5, zweiseitig – kostenlos K303



PROTEST- UND KULTURMEILE BROKDORF 26.04.2014

Plakate und Flyer zur zweiten Protest- und Kulturmeile rings um das AKW Brokdorf am Tschernobyl-Jahrestag 2014



_____ Plakat A3 – kostenlos K284

_____ Plakat A2 – kostenlos K304

_____ Flyer mit Demoaufwurf zum Verteilen – kostenlos K285

Die Landschaft um ein AKW kann nach einem Atomunfall selbst in 170 Kilometern Entfernung noch langfristig unbewohnbar sein. Mach mit den Sperrgebietsschildern und Karten fürs Autofenster darauf aufmerksam, dass auch Dein Ort geräumt werden könnte.

Sperrgebietsschild Brokdorf

z.B. zum auf Pappe Kleben und unter Ortsschilder Hängen
A2 Querformat – kostenlos K185



Visitenkarten

für Autofenster im großen Umfeld um das AKW Brokdorf
A8 kostenlos K177



Infografik

Illustriert mit vielen Grafiken anschaulich Risiken des AKW Brokdorf, aufgeklappt ca. 20 x 80 cm, gefaltet auf A4 – kostenlos K129



DEMOAUSSTATTUNG UND VERTEILMATERIAL

Trage Dein Demo-Statement auf stolzer Brust! Schwarzes Shirt mit Aufdruck „Wir sind der Strom“, 70% Viskose (Bambus) und 30% Biobaumwolle, sehr angenehmes Tragegefühl, „fairwear“-zertifiziert. *Achtung: Fällt klein aus!*

T-Shirt „Wir sind der Strom“ – 15 Euro

Männer		Frauen	
_____ S	T010S	_____ S	T011S
_____ M	T010M	_____ M	T011M
_____ L	T010L	_____ L	T011L
_____ XL	T010XL		



Flyer „Atomkraftwerke abschalten – Energiewende retten!“

Zum Lesen, Verteilen, Weitersagen
A4 – kostenlos K265



Plakat „Es gibt noch viel zu tun...“

A2 – kostenlos K107

KLEB DEINE MEINUNG

Aufkleber aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend)

_____ „Ich will's sofort!“, Ø 11 cm – 75 Cent S053

_____ „Ich will's schneller!“, Ø 11 cm – 75 Cent S052

„MEHR TEMPO BEIM ATOMAUSSTIEG!“

_____ Plakat A2 – kostenlos S055

_____ Transparent – wetterfester Stoff – (3 x 0,9 m)
40 Euro S054

_____ Auto-Aufkleber, aus wetterfester PE-Folie
(19 x 7,6 cm) – 75 Cent S056



HÖRT AUF MIT DEM MÜLL!

**Infografik-Faltblatt
„Der Atommüll-Konflikt“**

illustriert anschaulich den Atommüllkonflikt und warum auch die geplante Kommission ihn nicht lösen wird ausgeklappt 20 × 120 cm, gefaltet auf Briefumschlagformat – 1 Euro K305



Flyer „Hört auf mit dem Müll!“

A6, vierseitig – kostenlos K298



Broschüre „Asse, Gorleben und andere Katastrophen“

5. Aufl., A6, 32 Seiten – 40 Cent B002
ab 10 Ex. 0,30 Euro/Stck | ab 100 Ex. 0,27 Euro/Stck

„Atommüll - Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland“

Sorgenbericht der Atommüll-Konferenz (Aug. 2013)
DIN A4, 272 Seiten – 15 Euro B035



Landkarte mit allen AKW, Atommüll-Lagern, Atomfabriken, Forschungsreaktoren und stationierten Atomwaffen Herausgegeben von der Atommüll-Konferenz
A1 – 3 Euro K256



PLAKATE ZUM THEMA ATOMMÜLL

„Mit aller Kraft wird nach einem alternativen Endlager gesucht ...“

A2 – kostenlos K154



„Hauptsache der Strom ist billig“

A3 Querformat – kostenlos K163



Infoplakate zu Gorleben

Gut geeignet für Infostände oder Orte mit viel Publikumsverkehr (Gemeindehäuser, Büchereien, Unis, Schulen, ...)
Set aus 3 Plakaten A0 – 15 Euro K209



AKW GRAFENRHEINFELD ABSCHALTEN

Broschüre „AKW Grafenrheinfeld – nein danke!“

Fragen und Antworten zum ältesten und rissanfälligsten Atomkraftwerk der Republik A6, 32 Seiten – 30 Cent B207
ab 10 Ex. 30 Cent/Stck | ab 100 Ex. 27 Cent/Stck



Kurzstudie „Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld und Versorgungssicherheit in Bayern“

A4, 25 Seiten – 3 Euro K307

„Grafenrheinfeld akut“-Tabletten

Pfefferminzdragees. Genauso wirkungslos wie echte Jodtabletten bei einem Super-GAU. Ein Beipackzettel informiert, wie schutzlos wir bei einem Atomunfall sind und was wir tun können, um das AKW so schnell wie möglich abzuschalten – 30 Cent K300



Unterschriftenliste „AKW Grafenrheinfeld abschalten – besser heute als morgen“, A4 – kostenlos K286

Aufkleber aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend), Ø 11 cm – 75 Cent S039

NEUHEITEN

Bildband „Fukushima 360°“

40 Fotoreportagen über das Leben der Opfer vom 11. März 2011, von Alexander Neureuter.
204 S. – 29,80 Euro L009



DVD „Das Schönauer Gefühl“

Eine spannende, sehr motivierende Dokumentation über die Geschichte der „Stromrebell-Initiative“ aus dem Schwarzwald – kostenlos K306



.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

Rundbriefe – kostenlos B008



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Datum, Unterschrift: _____

Unterschrift nicht vergessen

Atomkraft in Polen?

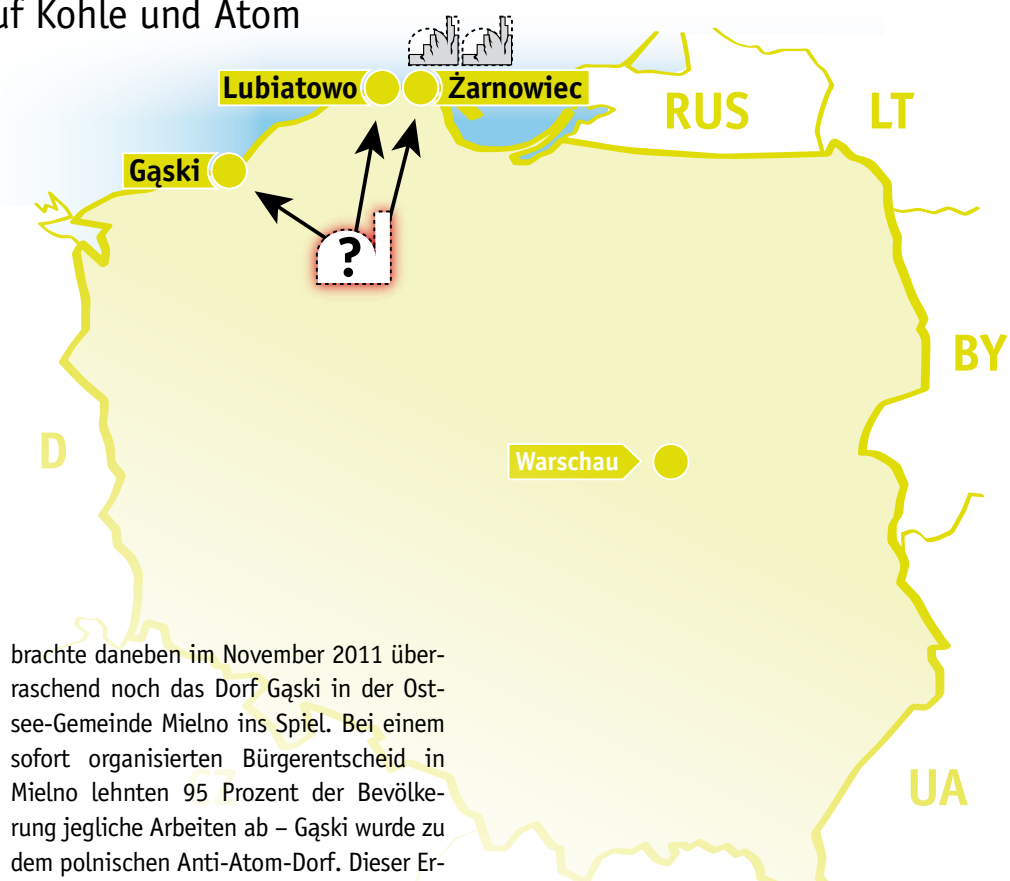
Polnische Regierung setzt auf Kohle und Atom

Bereits 1972 beschloss die sozialistische Regierung Polens den Bau von zwei Reaktorblöcken der sowjetischen Baureihe WWER-440. Dieser begann 1980 in Żarnowiec, 80 Kilometer von Gdańsk/Danzig entfernt. Protest ließ nicht lange auf sich warten: Eine Bewegung namens „Wolność i Pokój“ („Freiheit und Frieden“) organisierte gewaltfreien Widerstand, mit Flugblättern und Demonstrationen, aber auch mit Hungerstreiks und Gebäudebesetzungen. Sogar die staatlich kontrollierten Medien wussten die AtomkraftgegnerInnen zu nutzen. Nach Tschernobyl wuchs der Widerstand, österreichische und deutsche Grüne organisierten internationale Unterstützung.

1990 gab die erste post-sozialistische Regierung – nach anfänglichen Versuchen, den Bau des AKW mit einer Nachrüstung durch „Siemens“ fortzusetzen – das Projekt auf und beschloss ein Moratorium bis 2005: Bei einer Bürgerbefragung in der Region hatte die Bevölkerung die Fertigstellung der beiden Reaktoren einstimmig abgelehnt, neben vielen anderen Aktionen hatten AtomkraftgegnerInnen zusammen mit in der Solidarność organisierten ArbeiterInnen sogar den Umschlag und Weitertransport des auf dem Seeweg angelieferten Reaktorkerns blockiert.

Wiederaufnahme des Atomprogramms

Als das Moratorium ausgelaufen war, beschloss die Regierung, fast einstimmig unterstützt vom Sejm, dem polnischen Parlament, allerdings unverzüglich eine Wiederaufnahme des Atomprogramms. 2009 schlug sie Gryfino an der deutschen Grenze, gut 100 Kilometer nordöstlich von Berlin, als Standort vor, zog diese Idee aber nach heftigen Protesten, auch aus Deutschland, schnell zurück. Es folgte 2010 eine Liste von zunächst 28 potenziellen Orten, von denen drei in die engere Auswahl kommen sollten, darunter Żarnowiec und Lubiatowo. Der Quasi-Monopol-Energiekonzern PGE (Polnische Energie-Gruppe) – von der Regierung mit der Standortauswahl beauftragt und selbst potenzieller Betreiber des AKW –



brachte daneben im November 2011 überraschend noch das Dorf Gąski in der Ostsee-Gemeinde Mielno ins Spiel. Bei einem sofort organisierten Bürgerentscheid in Mielno lehnten 95 Prozent der Bevölkerung jegliche Arbeiten ab – Gąski wurde zu dem polnischen Anti-Atom-Dorf. Dieser Erfolg wäre nicht möglich gewesen ohne Unterstützung von außen, unter anderem von den polnischen Sektionen von Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung, der parteiunabhängigen Stiftung „Zielony Instytut“ („Grünes Institut“), den polnischen Grünen, der Partei „Twoj Ruch“ („Deine Bewegung“) sowie AKW-GegnerInnen aus dem europäischen Ausland. Twoj Ruch, geführt von einem Abtrünnigen der Pro-Atom-Regierungspartei „Platforma Obywatelska“ („Bürgerplattform“) von Premier Donald Tusk, ist die drittgrößte Partei im Sejm und die einzige dort vertretene, die Atomkraft dezidiert ablehnt.

Unter dem Eindruck der entschlossenen Proteste setzte die PGE Gąski vorerst auf die Reservebank: Standort-Untersuchungen soll es zunächst nur in Żarnowiec und Lubiatowo geben, 2016 soll dann auf deren Basis die Entscheidung für den Standort des ersten AKW fallen und 2024 der erste Reaktorblock in Betrieb gehen.

Propagandafeldzug pro Atomkraft

In Meinungsbefragungen sprechen sich konstant knapp 50 Prozent der PolInnen gegen Atomkraft aus. Die Re-

gierung fährt deshalb unter dem Etikett „gesellschaftlicher Dialog“ einen landesweiten Propagandafeldzug für ihre atomaren Pläne an. Die noch wenig entwickelte polnische Anti-Atom-Bewegung hat es schwer, die noch eher gefühlsmäßig bestimmte Ablehnung in Engagement zu transformieren. „Wer, wenn nicht ich? Wann, wenn nicht heute?“, fragt die landesweite „Inicjatywa AntiNuklearna“ („Anti-Atom-Initiative“, IAN). Doch ihre Fragen bleiben noch zu oft unbeantwortet.

„Rentabel“ ist Atomkraft auch in Polen nur, wenn die Kosten für Entsorgung und Rückbau der AKW nicht mit eingerechnet und zudem hohe Abnahmepreise für Atomstrom garantiert werden. Für die polnische Regierung, glaubt Beata Maciejewska vom Zielony Instytut, sei vor allem die große Leistung der AKW entscheidend; dezentrale erneuerbare Energien seien ihr schlicht zu kompliziert.

Johannes Reese

Infos (auf Polnisch):
www.lubiatowo.pl
www.poznajatom.org
www.ian.org.pl

„Man darf nie aufhören mit dem Aktivsein“

Franz Scheidel, 61, früher Betriebsrat einer Großbank und nun im Vorruhestand, hält mit „Langen gegen Atomkraft“ und den monatlichen Mahnwachen seit drei Jahren das Atom-Thema präsent

Schon in meiner Jugend war ich gegen Atomkraft aktiv, in Brokdorf und anderswo. Tschernobyl 1986 hat uns direkt betroffen: Wir hatten kleine Kinder. Mit dem rot-grünen „Atomausstieg“ 2001 habe ich mich eigentlich nie so beschäftigt. Erst der Umkehrbeschluss der schwarz-gelben Regierung ein paar Jahre später hat mich aufgeweckt und wieder in Aktion gebracht. Ich habe daraus gelernt: dass man überhaupt nicht aufhören darf mit dem Aktivsein, weil die Politik nicht verlässlich ist.

Ich habe zwei Kinder und vier Enkel. Mir liegt am Herzen, dass die kommenden Generationen in einer Welt leben, in der man noch leben kann. Nach Fukushima, dieser Katastrophe, die noch immer andauert und die noch immer verharmlost wird, haben wir mit den Mahnwachen begonnen. Das war damals ein spontaner Impuls. Die erste war in Dreieich, da waren wir dabei, danach dachte ich: Das muss es überall geben, das machen wir selber auch. So haben wir das dann organisiert. „ausgestrahlt“ war eine der ersten Stimmen, die ich damals



Foto: privat

wahrgenommen habe und an der ich mich orientiert habe. Dieses verbindende Element bei den Mahnwachen war für mich ganz wichtig, denn so war klar: Wir sind nicht nur 50, sondern 50.000.

Wir sind nur eine kleine Initiative mit einer Handvoll Mitstreiter. Der wöchentliche Rhythmus der Mahnwachen, das zeigte sich schnell, war nicht zu halten. Wenn man das aber monatlich macht, kann man dafür mehr Leute motivieren. Die Ankündigung schicke ich immer an die Lokalpresse, meist kommen so 40 bis 50 – bei 36.000 Einwohnern ist das ja schon ganz interessant. Wir sorgen dafür, dass das Thema nicht in Vergessenheit gerät, und wir haben ein Forum, wo wir aktuelle Fragen besprechen können. Das tun wir auch: Wir organisieren Redner und wenn wir niemanden finden, rede ich auch selbst. Der Lutherplatz ist ein zentraler Platz, wir zeigen buchstäblich Flagge.

Klar, die überwiegende Mehrheit will raus aus der Atomkraft. Aber diejenigen, die was anderes wollen, sind immer noch groß

Anzeige

und mächtig. Deshalb sind wir da – und werden auch nicht weggehen. Zweimal haben wir schon eine eigene Veranstaltung über die Situation in Japan gemacht mit einem japanischen Aktivisten, einmal sogar im Rathaus, mit Bürgermeister und so. Das kam sehr gut an. Wir haben einen Verein gegründet, der sich für die Energiewende in der Region engagiert. Und wir nutzen die Mahnwachen auch, um für die Energiewende-Demos zu mobilisieren. Ende November waren wir auf der Demo in Berlin und Ende März etwa sind wir mit 20 Leuten nach Wiesbaden gefahren. Wir trauen Politik und Wirtschaft nicht. Man sieht die ersten Anzeichen ja schon, dass sie es nicht so ernst meinen mit Energiewende und Atomausstieg.

Die beiden Reaktoren in Biblis, 40 Kilometer von hier, sind ja seit 2011 stillgelegt. Aber eine Gefahr sind sie noch immer und da ist ja auch noch der ganze Müll. Die Atomkraftbefürworter von damals wollen den nun möglichst schnell irgendwo anders hin wegschaffen. Unsere Position ist: Erst abschalten, dann diskutieren und klären, was damit passieren soll, dann transportieren.

www.franzscheidel.de/

Anti-Atomkraft/anti-atomkraft.html

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Abfall bleibt bleibt bleibt

Deutscher Umweltpreis 2013

Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100% regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

.ausgestrahlt

„Ich habe es einfach Schritt für Schritt gemacht“

Susanne Ihde, 57, Diplom-Biologin, Hobby-Landwirtin und Gastgeberin, machte eine Nato-Station zum Windkraftstandort und mischt sich nicht nur in die Energiepolitik der IHK Bielefeld ein

Ich bin seit den 1970ern Atomkraftgegnerin, war in Brokdorf und bei vielen anderen Demos. Schon damals habe ich mich für Alternativen interessiert. Mitte der 1990er Jahre kam ich in die Situation, ein Erbe sinnvoll anlegen zu können. Die Windkraftnutzung fing damals gerade an, vorwiegend waren es private „Überzeugungstäter“, die da investierten – so auch ich. Wie man so ein Projekt umsetzt, wusste ich nicht. Also habe ich es einfach Schritt für Schritt gemacht, immer geguckt: Was muss ich als nächstes tun?

Ich hatte einen Standort gefunden, eine ehemalige Nato-Radarstation, der laut Windgutachten gut geeignet war. Die Genehmigung und der Kauf des Geländes waren schwierig, das dauerte insgesamt zwei Jahre.

Die erste Anlage hatte eine Leistung von 500 Kilowatt. Ein Jahr darauf habe ich dann noch eine zweite daneben gebaut. Damals galt noch das Stromeinspeisegesetz, die Vergütung ging hoch und runter und irgendwann nur noch runter. Dann kam zum Glück das EEG: Das ist die wichtigste Grundlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien, sonst kann man sowas als Privatperson nicht finanzieren. Ich war auf der Energiewende-Demo in



Foto: privat

Düsseldorf neulich und werde auch nach Berlin fahren. Die Neuaufgabe des EEG bremst in ganz vielen Punkten die Energiewende aus, das ärgert mich, ebenso die Sache mit den Stromtrassen: Einige sollen nur dazu dienen, dass der Braunkohlestrom künftig exportiert werden kann, und den Leuten wird suggeriert, das sei wegen der erneuerbaren Energien!

Als Windstromproduzentin war ich Zwangsmitglied in der örtlichen IHK – obwohl die damals strikt gegen Erneuerbare agiert hat. Da habe ich mich in die Vollversammlung wählen lassen, um dort ein wenig Politik zu machen. Der „Expertenkreis Energie“ etwa, der seit Kurzem die energiepolitischen Standpunkte erarbeitet, ist entstanden aus einem Widerspruch von mir. Es kommt etwas in Bewegung.

Als Merkel aus dem „Ausstieg“ wieder aussteigen wollte, habe ich mir von .ausgestrahlt 'ne Fahne gekauft, und wo immer 'ne Demo ist, gehe ich wieder auf die Straße. Meine beiden Windräder liefen bis 2012, dann habe ich sie durch eine 2,3-Megawatt-Anlage ersetzt. Ich hoffe sehr, dass die Atomkraft nun wirklich ausläuft – aber sicher bin ich nicht. www.ergo-nova.de

„Für einen Ausstieg aus Atomkraft und Braunkohle“

Christoph Raithel, 28, Veranstaltungskaufmann und Diözesanvorstand des BDKJ Eichstätt, macht Atomkraft, Energiewende und Stromtrassen bei katholischen Jugendgruppen zum Thema

Der Bund der katholischen Jugend (BDKJ) als Dachverband der katholischen Jugendverbände ist ja kein klassischer Umweltverband. Aber wir müssen da sein, wo unserer Jugendlichen sind. Und für die ist ein großes Thema: Wie gehen wir mit unserer Schöpfung um? Uns geht es immer sehr um Nachhaltigkeit. Atomkraft ist nicht nachhaltig, das ist keine Zukunftstechnologie, sondern eine Technik, die wir nicht beherrschen können. Tschernobyl und Fukushima haben das gezeigt – da müssen wir gegensteuern.

Das Umweltreferat des Bistums Eichstätt hat gleich nach dem Super-GAU von Fukushima Mahnwachen organisiert, in einem breiten Bündnis kirchlicher und nichtkirchlicher Gruppen und Verbände, seit 2012 immer zum Fukushima-Jahrestag. Dieses Jahr waren neben BUND, Greenpeace, Kreisjugendring und dem Eichstädter Energiebündel – einer Initiative, die den Landkreis energieautark machen will – auch wir dabei. Zusammen haben wir es geschafft, sehr breite Bereiche der Bevölkerung zu erreichen: 300 Interessierte waren auf dem Marktplatz, quer durch alle Altersgruppen und Schichten.



Foto: BDKJ Eichstätt Stephanie Bernreuther

Direkt eingeladen hatten wir auch die vielen Bürgerinitiativen aus dem Umland, die gegen die Süd-Ost-Passage kämpfen. Das ist eine geplante Gleichstromtrasse, durch die mutmaßlich Braunkohlestrom aus der Lausitz nach Schwaben beziehungsweise von dort weiter ins Ausland fließen soll – alles unter dem Deckmantel der Energiewende! Aber was wir wollen, ist ein Umstieg auf erneuerbare Energien, und das bedeutet: Ausstieg aus Atomkraft und Braunkohlestrom. Ich habe bei der Mahnwache gesagt: Es muss jeder seinen Beitrag leisten, das können Windräder sein oder Pumpspeicher oder auch Stromleitungen – aber es muss ein sinnvoller Beitrag sein. Bei dieser Leitung sehe ich das nicht: Die versorgt uns mit Braunkohlestrom und verhindert so am Ende sogar, dass wir uns vor Ort um die Energiewende kümmern!

Für mich persönlich war es die erste Mahnwache zur Energiewende. Was mir klargeworden ist: Wie sehr dieses Thema, um das sich früher nur die Ökos gekümmert haben, in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Als Christen haben wir eine Verantwortung für die Schöpfung, für uns als Verband heißt das: Wir müssen dranbleiben an solchen Themen. www.bdkj-eichstaett.de

Impressum

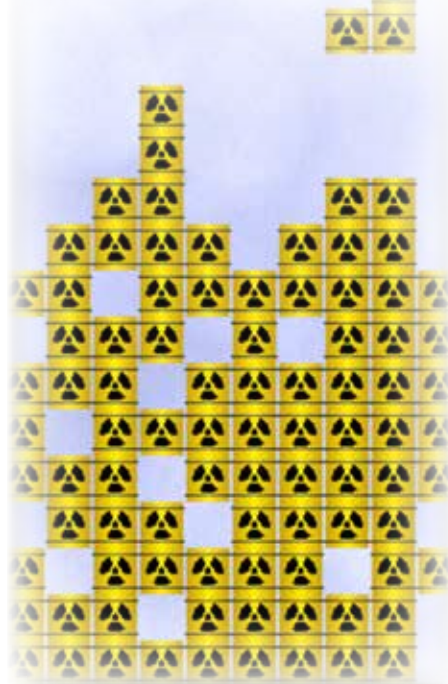
.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Armin Simon, Carolin Franta, Johannes Reese, Pauline Geyer, Ute Bruckart | Layout: www.holgermueller.de | Druck: Vettors, Radeburg. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 45.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Das Atommüll-Tetris



Du kannst die Fässer drehen und wenden wie Du willst. Sie ordentlich in Reih und Glied stellen, das schafft ein bisschen Platz, vorerst jedenfalls. Aber eben nur vorerst. Denn erstens kommt immer wieder neuer Müll dazu. Und zweitens ist, was aus dem Blick und vielleicht sogar aus dem Sinn gerät, deshalb ja lange noch nicht weg. Im Gegenteil: Der Strahlendreck taucht wieder auf – wie der echte eben auch. Da hilft nur eins: Hör auf mit dem Müll!

www.ausgestrahlt.de/atommuelltetris

Neues von .ausgestrahlt

Katja Dingerkus ist nach zwei Jahren Elternzeit seit März wieder im .ausgestrahlt-Büro, wo sie sich um die Webseite und die Social-Media-Kanäle von .ausgestrahlt kümmert.

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab September wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestrahlt.de/praktikum

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

1929 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wenn auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen möchtest, klick auf www.ausgestrahlt.de/foerderer

Wer macht .ausgestrahlt?

Viele Gruppen und Einzelpersonen nutzen die Angebote von .ausgestrahlt und machen mit. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt eine 18-köpfige Gruppe von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen.

www.ausgestrahlt.de/ueberuns

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen. Du kannst Eure Termine dort veröffentlichen.

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.



Bewegungsmelder

- Einwände gegen finnischen AKW-Neubau möglich
- Belgische AKW zur Sicherheit abgeschaltet
- Internationale ExpertInnen warnen vor Atomrisiko
- BMI-Kommission bestätigt mangelnden Katastrophenschutz



Atommüll-Blog

- Neues Uran-Zwischenlager befürchtet
- Wässrige Atomtransport-Lösung
- US-Behörden testen weitere ArbeiterInnen auf Verstrahlung



Fukushima-Blog

- Mehrheit in Japan weiter gegen AKW-Neustart
- Messwerte um Fukushima verändert
- Taiwan: 80.000 gegen Atomkraft



Energiewende-Blog

- Vattenfall gegen Kapazitätsmarkt
- Atomkraft spaltet finnische Regierung
- Studie: EU-Atomausstieg bis 2030
- BürgerInnen subventionieren Atom und Kohle

Mehr lesen: www.blogs.ausgestrahlt.de

